

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

250 (28.10.1931)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALMittelBADENS

Anzeigenpreise Die 10gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, 5gepaltene 8 Pfennig, 3gepaltene 6 Pfennig. Die Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei Nichtbezahlung des Zeitungspreises, bei geschäftlicher Beteiligung und bei Anzeigen außer Kraft tritt. Größere Anzeigen und Geschäftsstellen in Karlsruhe L. 2. o. Schloß der Postgasse 11/12 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Primat und Wander Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk Die Aufseher / Sport und Spiel / Die Welt der

Abonnementpreise monatlich 2.50 Mark in Ober-Sachsen 2.20 Mark in Ost- u. Westpreußen 2.00 Mark in Bayern 1.80 Mark in Baden-Württemberg 1.60 Mark in Elsaß-Lothringen 1.40 Mark in Pommern 1.20 Mark in Preußen 1.00 Mark in Ostpreußen 0.80 Mark in Litauen 0.60 Mark in Lettland 0.40 Mark in Estland 0.20 Mark in Finnland 0.10 Mark in Schweden 0.05 Mark in Norwegen 0.02 Mark in Dänemark 0.01 Mark in Island 0.005 Mark in Grönland 0.002 Mark in Island

Nummer 250

Karlsruhe, Mittwoch, den 28. Oktober 1931

51. Jahrgang

Die englischen Wahlen

Der erwartete Wahlsieg der Konservativen eingetroffen / folgenschwere Niederlage der Arbeiterpartei

London, 28. Okt.

Nach den bis 4.50 Uhr früh vorliegenden Ergebnissen der Wahlen zum englischen Unterhaus sind gewählt worden:

Nationale Arbeiterpartei (Gruppe MacDonald)	4
Konservative	222
Arbeiterpartei (Gruppe Henderson)	23
Solitärparteien	2
Liberalen (aller Richtungen — Gruppe Simon 14)	37

Die Konservativen haben bisher 101 Sitze gewonnen und keinen Sitz verloren.

Die Arbeiterpartei (Gruppe Henderson) hat bisher keinen neuen Sitz gewonnen und von ihren alten Sitzen 111 Sitze verloren.

Die Liberalen (aller Richtungen) haben bisher 13 Sitze gewonnen und zwei Sitze verloren. Ihr bisheriger Gesamtgewinn beträgt 11 Sitze.

Von den bisher gewählten Abgeordneten unterstützen 263 die Politik der gegenwärtigen nationalen Regierung.

Die gestrigen englischen Unterhauswahlen haben jenen Ausgang genommen, den man seit der Hochbildung der „nationalen“ Regierungsparteien gegen die Arbeiterpartei erwartet hatte: Die Arbeiterpartei hat dank der Kandidaten Schwächung MacDonalds eine starke Niederlage erlitten und die konservative Partei ist wieder die beherrschende Macht der englischen Politik geworden, wobei als besonders bedauerlich hinzukommt, daß die maßgebenden Führer der Labour Party, darunter Henderson, bei den Wahlen ihre Unterhausitze verloren haben.

Zur Beurteilung dieses Ausgangs muß man sich die Eigenart des englischen Wahlrechts vergegenwärtigen: von wenigen Ausnahmen abgesehen, gibt es grundsätzlich nur Einmännerwahlkreise. Nur ein Wahlgang findet statt. Die relative Mehrheit entscheidet. In früheren Jahrzehnten, als es nur zwei Parteien in England gab, die Konservativen und die Liberalen, war die relative Mehrheit gleichbedeutend mit der absoluten. Seitdem eine dritte große Partei in den politischen Kampf eingegriffen hat, hat allerdings das alte Wahlsystem einen etwas lotteriemäßigen Charakter angenommen. In vielen Fällen entscheidet nur der Zufall eines relativ geringen Stimmenunterschiedes über Sieg und Niederlage der Kandidaten. Wie ungerecht sich dieses System auswirken kann, ergibt sich am deutlichsten aus den Stimmenzahlen von Abgeordnetenmandaten der drei großen Parteien bei den zwei letzten allgemeinen Wahlen von 1924 und 1929.

Arbeiterpartei	Konservative	Liberalen
Stimmen Mandate	Stimmen Mandate	Stimmen Mandate
1924 5,5 Mill. 151 8,0 Mill. 412 2,9 Mill. 42		
1929 8,36 Mill. 287 8,65 Mill. 260 5,3 Mill. 59		

Vor allem waren also die Liberalen in den letzten Jahren die Opfer dieses überholten und höchst ungerechten Wahlsystems. Bei den letzten Wahlen kam nur ein liberales Mandat auf 90 000 liberale Stimmen, während 33 000 konservative Stimmen und 28 000 Labourstimmen für ein Mandat genügten. Lloyd George verjagte beinahe, seine Unterstützung der Arbeiterregierung von der Gewährung einer Wahlreform abhängig zu machen. Gegen die Einführung des Proportionalwahlrechts machten sich in allen Parteien starke Widerstände geltend, doch ver sprach schließlich die Arbeiterregierung die Einführung des sogenannten Alternativwahlrechts, von dem die Liberalen eine wesentliche Verbesserung ihrer Aussichten erhofften. Aber unmittelbar vor der parlamentarischen Beratung dieser Wahlreform brach in England die große politische Krise aus, die Arbeiterregierung zerfiel, die neue „nationale“ Regierung MacDonalds wurde gebildet, und nun würde abermals unter dem veralteten System gewählt werden.

Für die Arbeiterpartei bedeute dieser Modus von vornherein eine besondere Gefahr, weil in den meisten Fällen konservative und liberale Zusammengänge. Schon einmal, und zwar unmittelbar nach Kriegsende bei den bedeutendsten Wahlbündnis von Regierungsparteien für die Opposition verhängnisvoll ausgewirkt. Damals erhielten die Koalitions-Konservativen für 4,1 Mill. Stimmen 384 Mandate, die Koalitions-Liberalen für 1,4 Mill. 127 Mandate, die oppositionellen Liberalen unter Aquiths Führung für 1,37 Millionen Stimmen nur 34 Mandate und die Arbeiterpartei für 2,25 Millionen Stimmen 57 Mandate. Es bestand daher von Anfang an die Gefahr, daß in vielen Wahlkreisen das Zusammengehen der beiden bürgerlichen Parteien ihren gemeinsamen Kandidaten jenen kleinen Vorsprung an Stimmen verschaffen werde, der genügt, um den Arbeiterkandidaten zu Fall zu bringen. Dies ist denn auch eingetroffen.

Es läßt sich nicht leugnen, daß dieser Wahlausgang für die englische Arbeiterpartei eine schwere Niederlage bedeutet und noch mehr schmerzt es, daß ihr Haupturheber MacDonald — einst der Stolz der Labour Party — heißt. Noch lassen sich nicht alle Einzelheiten des Wahlausfalls übersehen, noch liegt nicht das ganze Resultat vor. Wie jedoch auch immer das Endergebnis der Wahlen sein wird, an einem überwältigenden Sieg der Konservativen ist schon jetzt nicht mehr zu zweifeln. Die Parole der „nationalen Re-

gierung“, die Verleumdungen gegen das letzte Arbeiterkabinett und die Einschüchterung der Wähler auf die verschiedenste Art haben ihre Wirkung getan. Eine Regierungsmehrheit von über 400 Stimmen im Unterhaus wird in einem Blatt vorausgesagt. Sicher ist, daß auch eine absolute konservative Mehrheit im neuen Parlament nicht ausgeschlossen ist.

Was die Gegner der Labour Party betrifft, so haben sich die Liberalen im Ganzen gehalten. Es fehlen noch die

Bürgerkrieg gefällig?

Umgruppierung der Nazibanden — Vorläufig nächster Putschtermin: 8.-9. November? Die Landsknechte wollen Pöstchen haben

Unser Münchener Parteiorgan, die Münchener Post, berichtet in ihrer gestrigen Ausgabe:

„Die Münchener Post konnte vor kurzem melden, daß ein maßgebender Führer der Nationalsozialisten bei einem SA-Appeal die Mitteilung machte, die Münchener SA kommt jetzt ins Indusgebiet, dafür werde die dortige SA nach München verlegt. Diese Umdisponierung solle zum November erfolgen. Was dieser Münchener SA-Führer mitteilen wollte, wird jetzt durch angebliche Kuriers unter den SA-Mitteilungen brauen im Lande verbreitet.“

Durch Zufall haben wir Kenntnis von einer Unterredung erhalten, die einer dieser SA-Kuriers mit einem Vertrauensmann hatte. Dieser Kurier berichtete, daß in der Nacht vom 8. zum 9. November losgeschlagen wird. Die SA eines bestimmten Ortes wird ausgetauscht und durch preussische SA ersetzt. An den in Frage kommenden Ort werden rund 1000 Mann gebracht, die in der weiteren Umgestaltung der Zukunftskräfte durch SA-Posten abzusperren haben. Die betreffende Truppe ist an Hand von Karten und Plänen schon genauestens über Lage und Beschaffenheit des Ortes unterrichtet. Sämtliche Adressen der in Betracht kommenden Personen sind bekannt. An Waffen reichen pro Mann durchschüssig drei Gewehre zur Verfügung. Es ist alles — so betonte der Kurier — sehr gut vorbereitet und muß klappen, wenn nichts verraten wird. Bei den Kommunisten muß danach getrachtet werden, daß sie möglichst schon vorher waffenlos gemacht werden. Beim Reichsbanner ist das nicht möglich, das wird zur gegebenen Zeit Waffen erhalten.“

Daher diese Pläne einen ernsthaften Hintergrund haben, daran ist nicht zu zweifeln, denn uns sind gleichlautende Mitteilungen aus den verschiedensten bayerischen Gebieten zugegangen.

Eine der Zuschriften, die uns aus dem Chiemgau zugegangen sind, geben wir im nachfolgenden wieder:

Die Staatsfeinde von links und rechts rüsten eifrig, um noch vor Eintritt einer wirtschaftlichen Verringerung ihre Pläne, die Verfechtung der republikanischen Staatsform und die Aufrichtung der Diktatur, verwirklichen zu können. Während die Kommunisten ihre wahren Absichten in aller Öffentlichkeit propagieren, hängen die Nazi überal den Scheid der Regalität vor. In Wirklichkeit jedoch warten sie mit Ungeduld auf den Befehl zum Sturm. Uns ist bekannt, daß Hitler von allen Seiten seiner Landsknechte gedrängt wird, endlich loszuschlagen und sich in den Besitz der Macht zu setzen. In Rosenheim sind die Pöstchen schon verteilt, der Stadtkommandant des Dritten Reiches hat sich heim Bürgermeister bereits vorgestellt, soll sich aber eine gründliche Abfuhr geholt haben.

Gegenwärtig wird eifrig an der Auffüllung der Waffenbestände gearbeitet. Kummer bereitet den SA-Kriegern, daß die Chiemgauer über größere Bestände verfügen als sie und daß die Chiemgauer nicht mit beiden Füßen auf dem Boden der Gewaltspolitik der SA-Kriegler steht, sondern nur eine Schutztruppe gegen jeden Putsch — sein will. Um aber beim Chiemgau im Ernstfalle den nötigen Einfluß zu haben, schieben sich SA-Kriegler dort ein in der Absicht, im gegebenen Augenblick die Führung an sich zu reißen. Besonders Augenmerk wenden die Nazi den Waffenlagern der Chiemgauer zu. Ein solches bestand in Peilbach, das den dortigen Nazi deshalb nicht unbekannt bleiben konnte, weil von den Freiburger Chiemgauern eine Anzahl zu den Anbetern des Dritten Reiches hinübergewechselt hat. Jüngst hatten nun Rosenheimer SA-Kriegler diesem Freiburger Arriental der dortigen Chiemgauer einen Besuch ab und liehen vier Maschinengewehre und einige Infanteriegewehre mitgeben. Aber die Freude über die Beute währte nicht lange. Mitte voriger Woche erschien in Rosenheim Münchener Kriminalpolizei und holte die kostbaren Dinger weg, wobei sie auch gleich die Helme des Streikes, wie

Rosenheimer SA-Kriegler, darunter den Inhaber einer Galvanisieranstalt, Surnaus junior, mitnahmen. Die Verhaftung der vier Leute und die Wegnahme der kaum erbeuteten Schießwaffen hat den Rosenheimer SA-Kriegern großen Schrecken eingelegt. Eilrig wird die Befehl durch: „Waffenbefehlsgewehre zu beschaffen, alles sofort in Sicherheit bringen.“

Daß die Nazis militärisch aufgelegene Pläne nicht nur hegen, sondern auch mit allem Drum und Dran ihre Durchführung vorbereiten, ist längst bekannt. Die zahlreichen ehemaligen Offiziere, die in der Nazibewegung Unterkunft und Anstellung gefunden haben, üben sich unausgesetzt in der Herstellung militärischer Mobilisationspläne für einen „nationalen“ Putsch. Es ist auch keineswegs unbekannt, daß in führenden Nazikreisen schon wiederholt Termine festgesetzt worden waren, an denen gegebenenfalls Losgeschlagen werden sollte. Aber immer und immer wieder mußten Hitler und sein politischer Verbrecherstab den Putsch abblasen. Es ist durchaus möglich, ja angesichts der zügellosen Verheerung in den letzten Wochen unter den SA-Leuten, daß als nächster Termin des Losschlagens die Nacht vom 8. auf 9. November gewählt worden ist; es ist aber nicht nur sehr wahrscheinlich, sondern bestimmt sicher, daß den mit der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung betrauten entscheidenden Stellen auch ein solcher Plan und Termin bekannt ist.

Hitler befindet sich trotz aller Wahlsiege der Nazis in den letzten Monaten, innerhalb seiner eigenen Bewegung nur in finanzieller Beziehung in einer glänzenden Lage, da das deutsche Unternehmertum und Großkapital noch tüchtig blieken, aber sonst sind die Schwierigkeiten nicht gering. Die SA-Leute werden nicht nur systematisch aufgehezt und in der struppellosesten Weise belogen, ihnen werden auch nach dem Gelingen des „nationalen“ Putsches einträgliche und sichere Pöstchen und Stellen im Dritten Reich versprochen. Dem gewöhnlichen Kropf der SA-Männer wird versprochen, daß sie Unteroffiziere in der neu zu bildenden nationalen Armee werden; alle anderen bekommen viel einträglichere und bessere Pöstchen versprochen. Was Wunder, wenn diese rohen, in politischer Beziehung geradezu erschreckend unreifen Landsknechte immer heftiger darauf drängen, daß endlich den Versprechungen die Taten folgen. Und so bedarf es, wie durchaus verständlich ist, schon seit längerer Zeit innerhalb der Nazibewegung zahlreicher taktischer Manöver, um immer wieder dem stürmischen Drängen der Landsknechte zu entgegenen.

So waren diese Haufen beim Zusammentritt des Reichstags am 13. Oktober in den Glauben versetzt worden, der Sturz des Kabinetts Brüning sei sicher und daß dann innerhalb aller kürzester Frist Hitler zur Macht kommen und das Landsknechtstum seinen Lohn finden werde. Darum war die Wut über die unerwartete Enttäuschung in den Kreisen der Nazis auch so groß. Einigemal kann man mit den Mitteln der Lüge und des faktischen Manövrierens geheimnisvoll angekündigte Angriffstermine absagen, aber Revolutionen, die immer und immer wieder vertagt werden, finden entweder niemals statt oder enden erfahrungsgemäß in einem Schlamassel. Und weil Hitler und sein politischer Verbrecherstab dieser Erkenntnis sich nicht mehr entschlagen können, ist durchaus möglich, daß ernsthafter denn je die SA-Leute auf einen möglichst nahen Putschtermin vorbereitet werden. Daß bei einem solchen Putsch die Heberausung für die Nazileitung das Entscheidende ist, braucht nicht näher betont zu werden. Was immer auch der Hochverräter Hitler und das ihn umgebende politische Verbrechertum planen mögen, wir setzen als bestmöglich voraus, daß die Exekutive des Reiches und der Länder vorbereitet sind, und daß die organisierte Arbeiterschaft gleichfalls jedem Putsch in der erfolgreichsten Weise und Abwehr begegnen wird.

Ergebnisse aus den wichtigsten Industriebezirken im Nordosten Englands, die noch eine ganze Anzahl Arbeiterbrüder bringen dürften, andererseits werden die noch ausstehenden ländlichen Wahlkreise größtenteils den Konservativen zufallen. Die Kommunisten haben keinen einzigen Sitz gewonnen, ebenso ist die Partei des englischen Führers, Sir Oswald Mosley, der selbst geschlagen wurde, durchgefallen.

Ernter sieht das Ergebnis für die Labour-Party vor allem noch aus, wenn man es im einzelnen betrachtet. Außer dem früheren Außenminister der Arbeiterregierung und Führer der Labour Party, Henderson, der in Bureley gegen den konservativen Admiral Gordon Campbell mit 8200 Stimmen unterlag, sind auch zahlreiche andere Mitglieder der letzten Arbeiterregierung geschlagen worden. So der frühere Gesundheitsminister Greenwood, der frühere Kriegsminister und Sekretär der Textilarbeiter-internationale, Tom Shaw, der frühere Minister für das Verkehrswesen, Herbert Morrison, sowie die Minister C. L. Jones, Frau Bondfield, Alexander und Lee Smith, ferner unterlagen Sir Ben Turner und der Sir Trevelyan. Auch der bekannte Gewerkschaftsführer Ben Tillet hat seinen Parlamentssitz verloren. Er wurde in einem der drei Wahlkreise von Salford, die zu dem Gebiet von Manchester gehören, ebenso wie die beiden anderen bisherigen Arbeiterabgeordneten dieses Bezirks von dem konservativen Gegner geschlagen. Von den Liberalen und Konservativen wurden alle bekannten Persönlichkeiten und Politiker wiedergewählt.

Die Labour Party erlitt die größten Verluste in den Wahlkreisen, in denen der Kampf nur zwischen zwei Kandidaten vor sich ging. Auf der Regierungsseite hat weniger günstig vor allem die Gruppe Macdonald abgeschnitten, von der bisher nur drei Abgeordnete gewählt wurden. Das Ergebnis aus dem Wahlkreis Macdonalds selbst ist erst heute nachmittag zu erwarten.

Der überwältigende Sieg der Konservativen liegt, wie oben bereits festgestellt, hauptsächlich in der Eigenart des englischen Wahlrechts begründet. Stimmenmäßig stehen den 4,58 Millionen konservativen Stimmen bis jetzt 2,48 Millionen Labour-Stimmen gegenüber. Auf die Parlamentsvertreter berechnet kommt jedoch auf 27.836 Konservative ein Kandidat, während bis jetzt 154.752 Stimmen erforderlich sind, um einen Labourkandidaten ins Parlament zu bringen. In den Wahlkreisen, in denen die Labour-Party geschlagen wurde, sind ihre Stimmen ungültig.

Es versteht sich, daß die konservative Presse in ein wahres Triumphgeschrei ausbricht. Der Sieg ist größer als sie selbst erwartet hatte. Es ist, wie der liberale News Chronicle sagt, ein Erdbeben. Die Konservativen haben die Labour Party und die kleineren Parteien geradezu aufgesogen.

Der Daily Herald weist demgegenüber mit Recht darauf hin, daß der Kernbestand der Labour Party nicht angegriffen ist, daß die schwere Niederlage zwar unbestreitbar ist, daß sie aber in keinem Falle, wie es konservative Blätter tun, als Vernichtung der Partei betrachtet werden könne. Die Zeit der Labour Party wird wieder kommen.

Der Verlauf des Wahltags

London, 27. Okt. (Eig. Draht.) Der Wahltag ist nach bis abends 9 Uhr vorliegenden Berichten ruhig verlaufen. In London wurde die Wahlteilnahme durch einen schweren Nebel behindert, der den Verkehr verlangsamt, die Werbung durch Plakate und Automobile hemmte, und die Tätigkeit der Wahlredner auf der Straße stark einschränkte.

Die Abgabe der Stimmen vollzog sich unter lebhafter Beteiligung in voller Ruhe und Ordnung und wird wahrscheinlich einen Rekord darstellen.

Kinos, Warenhäuser, Zeitungen und die Tanzlokale des Londoner Westens hatten umfangreiche Vorbereitungen getroffen, um die ersten Wahlergebnisse im Laufe der Nacht im Laufschritt oder auf der Leinwand anzukündigen. Wer zu Hause blieb, hörte das Ergebnis im Rundfunk. Ganz England ist in Spannung.

Wiedergewählte englische Kandidaten

London, 28. Okt. Von den bekannten Persönlichkeiten sind u. a. wiedergewählt worden der ehemalige konservative Staatssekretär für die Kolonien, Amery, der Unterstaatssekretär für Luftfahrt, Sir Siffen, der Kolonialminister Thomas, der der nationalen Arbeiterpartei angehört, und der Präsident des Handelsamtes, Carlisle Kipper. Ferner wurde der ehemalige Arbeiterminister, Parkinson wiedergewählt, doch sank seine Mehrheit von 9258 Stimmen auf 1081. Die Mehrheit des konservativen Staatssekretärs für Indien, Sir Samuel Hoare, stieg von 8835 auf 18.289 Stimmen. Der Kriminalrichterkeller und Lond. George-Liberale Edgar Wallace unterlag dem konservativen Kandidaten.

Der konservative Sir Austen Chamberlain, Erster Lord der Admiralität im gegenwärtigen Kabinett Macdonald, wurde in Birmingham wiedergewählt. Während er bei den letzten Wahlen mit einer Majorität von 43 Stimmen siegte, erhielt er diesmal eine Mehrheit von 11.941 Stimmen.

Der Staatssekretär des Innern, der Liberale Sir Herbert Samuel, wurde in Lancashire mit 18.923 Stimmen wiedergewählt. Der konservative Kandidat erhielt 14.868 Stimmen und der Arbeiterkandidat 5184. Diesem Wahlergebnis war mit besonderer Spannung entgegengeesehen worden, weil die britische konservative Parteiorganisation hier einen Gegenkandidaten gegen einen Vertreter der nationalen Regierung aufgestellt hatte, weil sie ihn im Verdacht hatte, ein überzeugter Freiwähler zu sein.

Henderson in Burnley geschlagen

WTB. London, 28. Okt. Der frühere Staatssekretär des Innern, Arthur Henderson, der Führer der oppositionellen Arbeiterpartei, ist in Burnley unterlegen.

Durch die Niederlage Hendersons hat die Arbeiterpartei eine außerordentlich schwere Niederlage erlitten. Henderson ist von dem konservativen Kandidaten und zwar mit einer Mehrheit von 9209 Stimmen geschlagen worden. Bei der letzten Wahl hatte Henderson eine Mehrheit von 7954 Stimmen erhalten. Die Stimmenzahl verteilt sich wie folgt: Konservativer Kandidat erhielt 25.126 Stimmen, Henderson 26.917 und ein kommunistischer Kandidat 512. Die Liberalen hatten ihren Kandidaten zurückgezogen, um Campbell zu unterstützen.

London, 28. Okt. Der ehemalige Erste Lord der Admiralität in der Arbeiterregierung, Alexander, ist mit einer Mehrheit von 6500 Stimmen von dem konservativen Kandidaten geschlagen worden. Alexander hatte bei der letzten Wahl eine Mehrheit von 10.452 Stimmen. Ferner wurde der ehemalige Pensionsminister in der Arbeiterregierung, F. D. Roberts, von dem konservativen Kandidaten geschlagen. Die konservative Mehrheit betrug 525, die Arbeitermehrheit bei der letzten Wahl 8878.

Der Sohn des früheren Premierministers Baldwin, Oliver Baldwin (Arbeiterpartei), wurde in Rochester von einem konservativen geschlagen.

Der vor einiger Zeit aus der Labourparty ausgetretene „Führer der neuen Partei“, Sir Oswald Mosley, ist im Wahlkampf ebenfalls unterlegen. Lady Astor wurde wiedergewählt. Nach späteren Nachrichten sind weitere vier ehemalige Mitglieder der Arbeiterpartei mit zum Teil erheblichen Mehrheiten der Gegenkandidaten geschlagen worden, und zwar der frühere Kriegsminister Tom Shaw, der ehemalige Verkehrsminister Arthur Greenwood, Transportminister Morrison und Ben Turner.

Das englische Kabinett einberufen

London, 27. Okt. Premierminister Macdonald hat die übrigen Kabinettsmitglieder, Donnerstag früh in London anwesend zu sein, damit die Möglichkeit besteht, am Nachmittag über verschiedene wichtige Fragen, insbesondere solche der Außenpolitik, eine Sitzung abzuhalten, in der auch die Redaktion der Kronrede anlässlich der feierlichen Eröffnung des Parlaments durch den König am 10. November vorgenommen werden soll. Das neue Unterhaus selbst wird bereits am 3. November zusammentreten, um den Sprecher zu wählen und die verschiedenen Zeremonien zu erledigen, was die ganze Woche in Anspruch nehmen wird.

Das Ergebnis der Schweizer Wahlen

Das endgültige Ergebnis der Schweizerischen Wahlen steht nun fest. Danach erhalten: Die Freisinnigen 52 Sitze (58), Kath.-Konf. Volkspartei 44 (46), Sozialdemokraten 49 (50), Bauern-, Bürger- und Gewerkepartei 30 (31), Lib.-Demokraten 6 (6), Kommunisten 3 (2), Sozialpolitische Gruppe 2 (3), Ev. Volkspartei 1 (1), Genfer Volkspartei 0 (1), insgesamt 187 Sitze, bisher 198 Sitze. — Gleichzeitig fanden in 12 von 25 Kantonen und Halbkantonen Ständeratswahlen statt. Das Ergebnis bringt keine Veränderung der parteipolitischen Verhältnisse.

Die französischen Generalratswahlen

Paris, 27. Okt. Das Innenministerium veröffentlicht einen aus 1518 Ergebnissen gezogenen Überblick über das Resultat der beiden Wahlgänge für die Generalräte. Danach weisen die rechts stehenden Parteien einen Verlust von 25 Sitzen auf, die Mittegruppe einen Verlust von 15 Sitzen, die Linksrepublikaner sind unverändert geblieben, die sozialen Republikaner gewinnen 10 Sitze, die Radikalen gewinnen 28 Sitze, die Sozialisten gewinnen 12 Sitze, die Kommunisten verlieren einen Sitz.

Washington und Reparationsfrage

Lavals deutsch-französische Pläne

Frankreich wünscht Fortsetzung der Annäherungspolitik. Paris, 27. Okt. (Eig. Draht.) Der französische Ministerpräsident Laval hat, wie aus New York gemeldet wird, an Bord der „Le de France“ vor amerikanischen Journalisten folgendes erklärt:

„Ich werde dem Parlament über alle Gegenstände meiner Besprechungen mit Hoover Rechenschaft ablegen. Im Anschluß daran werde ich mit meinen Ministerkollegen über einen Plan betreffend die Konzentration aller Bemühungen um eine vollständige deutsch-französische Wiederverannäherung beraten. Das Notwendigste ist die Wiederherstellung des Vertrauens, das nur auf der Grundlage einer Wirtschaftsvereinbarung beruhen kann. Ich habe dem Präsidenten Hoover und Senator Borah gesagt und glaube, sie auch davon überzeugt zu haben, daß Frankreich sich selbst überlassen, die erwartete Wiederverannäherung zu handhaben wird.“

Einem französischen Journalisten gegenüber äußerte Laval, daß noch vor Dezember Pläne ausgearbeitet sein würden, die es erlauben, mit den europäischen Mächten über die Vorbereitung des Verkes der Zusammenarbeit Frühling zu nehmen, das er mit Präsident Hoover beschlossen habe.

Im Anschluß an die Washingtoner Verhandlungen schreibt das WTB: „Ein Berliner Abendblatt will wissen, daß ein deutlicher Schritt in der Reparationsfrage bevorsteht und zwar werde er, wenn die Einberufung des beratenden Sonderausschusses der

Hitler, der leichtfertige Schwäger

Hitler wird im thüringischen Landtag gestützt. Weimar, 28. Okt. (Zuntz.) Im Thüringer Landtag kam es anlässlich einer Debatte über neue Verordnungen für Reichsaufträge zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dem Reichsratspräsidenten und der Wirtschaftspartei, die im Reichstag bei der letzten Abstimmung für die Regierungsratsung gestimmt hatte.

Im Verlauf der Auseinandersetzung teilte der Wirtschaftspartei Staatsrat Krause mit, daß Hitler in einem Kreise von Industriellen auf die Frage, wie er die Reichsfinanzen in Ordnung zu bringen gedenke, wenn die Nationalsozialisten zur Macht kämen, kürzlich prompt geantwortet habe: „Sehen Sie doch auf Thüringen, das Dr. Fric in den wenigen Monaten seiner Ministerstätigkeit vollkommen schuldenfrei gemacht hat.“ Der Münchener Wapp, der im Reich und in Preußen mit aller Energie nach der Futterkrümpe drängt, weiß also nicht einmal, daß das Land Thüringen gerade unter der Mitverantwortung des Naziministers Fric seine Schuldenlast nicht nur nicht verminderte, sondern noch um einen Betrag von rund 6 Millionen Mark auf insgesamt 130 Millionen Reichsmark vermehrt hat. Abgesehen davon, hatte Fric mit den Finanzen nur indirekt etwas zu tun. Anlässlich dieses Tatbestandes schloß der Wirtschaftsparteiler Krause seine Ausführungen mit den Worten: „Daß man den Leuten, die bei der Darstellung politischer und finanzieller Tatsachen so leichtfertig verfahren, schließlich mit gutem Gewissen das Staatsbüßel anvertrauen könne.“

Die Beschwerde gegen Klages Verbot

Berlin, 27. Okt. (Eig. Draht.) Die Beschwerde des Braunschweiger Volksfreies gegen das von dem Naziminister Klages verfügte Verbot dieses Blattes ist am Dienstag im Reichsministerium des Innern eingetroffen.

Nazis sprengen Verammlung des Christlichen Volksdienstes

WTB. Nürnberg, 27. Okt. Eine für gestern abend im großen Saal des Lehrheimes anberaumte öffentliche Verammlung der Nürnberger Ortsgruppe des Christlichen Volksdienstes wurde von den abtrüben im Saal erschienenen Nationalsozialisten geplatzt.

Einheitsfront der Gewerkschaften

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund gegen Harzburg-Front. Berlin, 27. Okt. (Eig. Draht.) Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes erklärte nach eingehenden Beratungen des Reichstagsabgeordneten Dr. Müller und des Bundesvorsitzenden Falkenberg die beamtenpolitische Lage. Die Bildung der Einheitsfront der Gewerkschaften wurde lebhaft begrüßt, insbesondere auch die Tatsache, daß sich der Beamtenbund dieser Front angeschlossen hat, um ein Gegenwicht gegen die Front von Harzburg zu bilden, die sich um das Unternehmertum gruppiert und die sich leider auf weite Kreise des Volkes stützt, die diesen Führern in Verkennung ihrer tatsächlichen Interessen Gefolgschaft leisten. In Erkenntnis der Schicksalsverbundenheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten wurde einmütig die Solidarität mit den im Kampf gegen eine Senkung ihrer Löhne stehenden Arbeitern des Reiches, der Reichsbahn der Reichspost und der Gemeinden zum Ausdruck gebracht.

Vorläufig 212 Millionen Mark Reichsbahnanleihe

WTB. Berlin, 27. Okt. Die WTB-Sonderdienst erfährt, beträgt das bis zum 26. Oktober, dem Tage des Abschlusses der verlängerten Steueranleihefrist, festgestellte vorläufige Zeichnungsergebnis auf die neue Reichsbahnanleihe rund 212 Millionen RM, das sich noch um einige Millionen Reichsmark erhöhen dürfte. Die allgemeine Zeichnungsfrist läuft bekanntlich bis zum 31. Dezember 1931.

Prägung von Silbermünzen

Der Reichsrat hält am Donnerstag wieder eine Vollziehung ab, auf deren Tagesordnung eine Verordnung über die Ausprägung von Reichshilbermünzen im Nennwert von 2 RM steht. Es handelt sich um weitere 30 Millionen Mark, die neu ausgeprägt werden sollen.

Schwierige Finanzlage Spaniens

Paris, 27. Okt. Nach einer Sanzamedlung aus Madrid beschäftigt sich der Ministerrat gestern mit der Wirtschaftslage Spaniens und der Vorbereitung des Budgets für 1932. Wie der Finanzminister mitteilte, beläuft sich das Budgetdefizit für 1931 auf nicht weniger als 1 1/2 Milliarden Francs. Die Regierung werde demnächst einen Aufruf an die Nation erlassen, um diese zur Bewilligung von Opfern aufzufordern, die für die Behebung der bedauerlichen Wirtschaftslage notwendig seien.

WTB. zu beantragen. Das ist bekanntlich der im Vorschlag selbst vorgeschriebene Weg. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, kann von einem solchen Schritt vorläufig gar nicht die Rede sein. Natürlich beschäftigt man sich bei den zuständigen Stellen der Wirtschaftsprüfung sehr lebhaft mit dem Ausgange der Washingtoner Besprechungen. Wahrscheinlicher als die Antifindung eines deutschen Schrittes ist es vielleicht schon die amerikanische Meldung, daß Laval die Initiative zur Einberufung einer Konferenz ergriffen werde, mehr aber noch neigt man in Berlin der Auffassung zu, daß es schließlich entsprechend der Formulierung des Washingtoner Communiqués zu einer gemeinsamen Aktion kommen wird. Nach Auffassung unterrichteter Stellen ist es aber am richtigsten, zunächst einmal die Rückkehr Laval's und die sich daran anschließenden diplomatischen Besprechungen abzuwarten. Was vorher über diese Dinge gesagt wird, ist nur als Kombination zu verstehen.“

Grandi reist nach Washington

Berlin, 28. Okt. (Zuntz.) Der italienische Außenminister hat die Reichshauptstadt am Dienstag abend nach einem dreitägigen Besuch verlassen. Grandi wird Ende der Woche von Rom nach Washington reisen und dort mit Hoover über die weltwirtschaftliche Lage konferieren.

Antidumping-Zoll für englische Waren

Ottawa, 26. Okt. Die Zollreglemente zur Verhütung des Dumpings sind auf die englischen Waren ausgedehnt worden. Der zusätzliche Antidumpingzoll beträgt 2 bis 3 Cents pro Pfund Sterling des Fakturreinbeitrags, wird aber nur erhoben, solange das Pfund Sterling weniger als 4,40 Dollar wert ist.

Ghansuchungen wegen Sprengstoffunde

Berlin, 27. Okt. (Eig. Draht.) Die Berliner Kriminalpolizei hat am Dienstag im Zusammenhang mit den Sprengstoffsuchen bei dem kommunistischen Funktionär Ueberbrück wiederum bei zahlreichen Berliner Kommunisten Hausdurchsuchungen vorgenommen. Unter anderem wurden die Wohnungen der kommunistischen Reichstagsabgeordneten Kreuzberg, Gesele, Scheller und des preussischen Landtagsabgeordneten Kau durchsucht. Ueberbrück wurde zahlreiche Korrespondenzmaterial beschlagnahmt und zur genaueren Durchsicht in das Polizeipräsidium gebracht. Sprengstoffe wurden nicht gefunden.

Die Polizei hat inzwischen die Frau des Kommunisten Ueberbrück ebenfalls verhaftet. Der Gang der Untersuchung hat ergeben, daß Frau Ueberbrück von dem Vorstandemitt des gefährlichen Sprengstofflagers und ebenso von dem Treiben ihres Mannes genaue Kenntnis hatte. Ihre Vernehmung war bisher erfolglos, da sie ebenso wie ihr Mann jede Aussage verweigert.

China verständigungsbereit

Genf, 27. Okt. (Eig. Draht.) China hat dem Völkerverbund am Dienstag mitgeteilt, daß es sich verpflichten will, alle Differenzen mit Japan über die Auslegung der mandchurischen Verträge durch friedliche Verhandlungen oder gerichtliche Lösung zu regeln. Um diesen Willen in die Tat umzusetzen, hat sich die chinesische Regierung bereit erklärt, mit Japan ein sachdienliches Verfahren abzuwickeln.

Eine falschmeldung

Stuttgart, 27. Okt. (Eig. Meldung.) In einer großen Anzahl von Zeitungen wurde mitgeteilt, daß der Konsumverein Kempen i. W. in Konkurs geraten sei und es wurden daran weitere die Konsumgenossenschaft diskreditierende Bemerkungen gemacht. Die Mitteilung ist falsch. Der Konsumverein Kempen (manchmal hieß es auch Kempen) ist eine gut geleitete Konsumgenossenschaft und weder er, noch etwa der Konsumverein Kempen (Rheinland) sind Konkursgefallen. Richtig ist vielmehr, daß vor drei Jahren (1) die christliche „Verbrauchsgenossenschaft“ Kempen in Konkurs geriet, weil sie es unternahm, mit einem ganz geringen Mitgliederbestand dem schon viele Jahre am Platze befindlichen Konsumverein Konkurs zu machen. Aber dieser Versuch hat ihm keinen Schaden zufügen vermocht.

Der Rückgang der deutschen Produktion

Ein Begleitstück zur Wirtschaftskrise

Das Konjunkturforschungsinstitut veröffentlicht eine Erhebung über den Rückgang der industriellen Produktion in Deutschland. Danach ist die Indexziffer der Produktion wichtiger Industriezweige — Preise des Jahres 1928 = 100 gesetzt — von 76,3 im April auf 66,1 im August 1931 gesunken. Die Produktion hält sich damit gegenüber dem Stand während der Krise im Jahre 1925/26. Sie entspricht etwa dem Umfang der Warenherstellung in den Jahren 1922 und 1924. Gemessen an der Warenherstellung in den Jahren 1913 (ehemaliges Reichsgebiet). Die Industrieproduktion ist gegenwärtig ungefähr so groß wie um die Jahrhundertwende (1900 bis 1903).

Am schwersten betroffen sind die Produktionsgüterindustrien. Hier sank die Indexziffer von 69,6 im April auf 63,4 im August (August 1930 = 78,8). Im einzelnen ist die Erzeugung der Großelektrotechnik stark zurückgegangen. Aber auch im Maschinenbau und in der Nichtmetallurgie sind erneute Rückschläge zu verzeichnen. Zudem haben die Baustoffindustrien (Zement und Kalk) den saisonmäßigen Höchststand überschritten und vermindern natürlich nunmehr rasch ihr Produktionsvolumen.

Unter den Verbrauchsgüterindustrien haben zwar einige Branchen (Porzellan, Uhren, Klaviers) ihre Erzeugung scharf eingeschränkt. Jedoch ist der konjunkturelle Rückgang für die ganze Gruppe weniger ausgeprägt als bei den Produktionsgüterindustrien. Die Indexziffer der Verbrauchsgüterproduktion sank von 88 im April, dem diesjährigen Saisonhöchststand, auf 67,3 im August (August 1930 = 80,9). Sie hält sich aber immer noch beträchtlich — um etwa 20 Prozent — über dem Stand, den sie in der Krise 1926 eingenommen hatte; vor allem hält sich die Textilproduktion (Mai = 87,5, August = 84,8) nahezu auf Vorkrisishöhe. Die Schuhindustrie hingegen hat ihr Produktionsvolumen gegenüber dem Vorjahr um 10 Prozent vermindert.

Bedeutend für die Stärke der auf den Produktionsrückgang hinwirkenden Faktoren ist die Tatsache, daß auch die Erzeugung von Nahrungs- und Genussmitteln scharf als bisher vom Konjunkturrückgang erfaßt wird. Die Indexziffer der Nahrungs- und Genussmittelerzeugung, die sich in den Jahren 1928 bis 1930 konjunkturell kaum verändert hat, sank von 102,4 im Juli 1930 auf 96,3 im Juni 1931.

Mit Bomben und Pikrinäure gegen die Republik

Eine rücksichtslose Entlastung kommunistischer Terrormethoden sind die im Zentralparteiorgan J. S. W. Dieb Nacht, Berlin, erschienenen Erinnerungen des Kommunisten Walter Zentgraf:

Im Dienst der kommunistischen Terrororganisation (Tatfahrbuch in Deutschland)

Alle in den letzten Jahren gegen die SPD erhobenen Anklagen werden durch die vorliegenden, mit novellistischen Reizen ausgeschatteten und dennoch wahrhaftigen Schilderungen Zeugnis abgelegt: der systematische Aufbau und die planmäßige Schulung von Terrorgruppen unter Leitung russischer Tschekisten, die Vorbereitung und Durchführung von Sprengstoff- und Säureattentaten gegen politische Gegner, die Lagerverbindungen zwischen Kommunisten und Nationalisten, Waffenbeschaffungen von ganz links und ganz rechts und umgekehrt, der Mißbrauch der Arbeiterkraft zu politischen Aktionen durch unwahre Aussagen über die wirtschaftliche revolutionäre Kampfkraft der Partei und durch die dilettantische Verkennung der politischen Situation seitens der SPD-Veitana! Die Absicht des Verfassers erhebt aus folgenden Sätzen seines Nachwortes: „Ich wollte einen Tatsachenbericht schreiben über die Tätigkeit der Terrororganisation der Jahre 1923/24... Mit jeder Seite wurden mir die Tiefschmerzen, aus denen meine Taten — die Taten der Partei waren — geboren worden waren, klarer. Sie entwürfen nicht dem revolutionären Massenwillen der Arbeiterkraft, sie waren Produkt der Ausweglosigkeit der SPD. Das Mittel der Revolution, die Gewalt, wurde unmaßstäblich in die Revolution schleicht hin. Sozialdemokrat bin ich nicht. Ich nahm das Angebot eines sozialdemokratischen Verlags, diese Erinnerungen zu publizieren an, weil der Dieb-Berlag die Gewähr gibt, daß meine Schrift in breitere Kreise der Arbeiterkraft dringen wird.“

Die sensationelle, 160 Seiten starke Großschöpfung ist in unserer Volksfreundbuchhandlung für 1 M zu haben.

Einfuhrverbot von Fleischkonserven und Butter in Frankreich

Paris, 27. Okt. Infolge Erhöhung des Kontingents des laufenden Jahres ist durch Dekret des Landwirtschaftsministers von morgen ab die Einfuhr von Fleischkonserven und Butter nach Frankreich verboten.

Partei-Nachrichten

„Der Mann steht — der Führer geht“

Ein Parteigenosse schreibt der Leipziger Volkszeitung: Dieser Tage kamen parteilose Arbeitskollegen zu mir. Sie zeigten mir ein kommunistisches Flugblatt. Es war unterzeichnet von dem ehemaligen, kürzlich zur SPD übergetretenen Genossen Walter Dettlinghaus. Einer der Kollegen sagte, spöttisch auf die Unterschrift hinweisend: „Siehst, das sind also deine Führer! Der Mann steht — der Führer geht!“

Wiederholt habe ich im Laufe der Jahre gegen diese Kollegen für meine Führer, für die oberen Funktionäre Stellung genommen! Wiederholt haben gleich mir in all der Zeit Tausende von namenlosen Kollegen in den Betrieben, Büros und auf den Arbeitsstellen dasselbe getan. Auch für die Namen: Dettlinghaus, Seydewitz, Rieger usw. Dafür quittieren wir solche Ohrfeigen. Der Mann steht — der Führer geht.

Die Sozialdemokratie erstrebt die Einheit der Arbeiterschaft als Klasse. Wir sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter glauben und glauben noch und noch, daß Partei und Gewerkschaft die einzig richtigen Sammelbecken des wertvollen Volkes sind. Und wir fühlen uns in allen Kämpfen und Streben um die Einheit der Klasse einig mit unseren Führern. Auch mit den Führern.

Ferien-Diäten

Das „Schweigegeld“ für die MdK.

Ueber die Kosten des Reichstags sind phantastische Vorstellungen verbreitet. Es gibt da aber kein Geheimnis. Im Reichshaushaltsplan sind auch die Ausgaben für das Reichsparlament verzeichnet. Sie sind für das Rechnungsjahr 1931 mit 8,2 Millionen Mark eingesezt, gegenüber 8,4 und 8,6 Mill. in den beiden Jahren vorher. In diesen Summen ist die gesamte grobe Verwaltung, auch die Unterhaltung und die Erhaltung der großen Bäckerei, sind auch alle Druckkosten eingeschlossen. Auf die Reichstagsmitglieder selbst entfallen von den Gesamtkosten lediglich 4 083 200 Mark. Das sind etwa 6 Pfennige im Jahre auf den Kopf der Bevölkerung.

Die 577 Volksboten erhalten zusammen noch nicht einmal den vierten Teil der 17,5 Millionen Mark, die der König von Preußen als Kronrente im Jahre bezog. Und er hatte noch zwei Duzend ebenso kostspielige Kollegen.

Die Aufwandsentschädigung für den Reichstagspräsidenten ist von 36 000 Mark auf 28 800 Mark herabgesetzt worden. Es ist bekannt, daß der jetzige Reichstagspräsident, der Sozialdemokrat Paul Lohse, auf die Hälfte dieser Summe verzichtet hat. Davon, das tragend ein „nationaler“ Würdenträger, Salentreuher oder Schwarzwehrtrotter, dem Beispiel des Marxisten gefolgt wäre, ist nichts bekannt geworden.

Die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten ist von jährlich 9000 auf 7200 Mark gesenkt worden, und zwar auf sozialdemokratischen Antrag. Nun ist die Plenarversammlung des Reichstags seit den letzten Reichstagswahlen nur selten und kurz zusammengetreten. Daraus wird von manchen Leuten die Forderung hergeleitet, daß die Aufwandsentschädigung während der parlamentarischen Zeit ganz befristet werden solle. Diese Vorschläge gehen von der Annahme aus, der Abgeordnete hätte während der Parlamentspausen „Ferien“. Besonders Mißtrauliche haben entdeckt, daß die Aufwandsentschädigung ein „Schweigegeld“ für die Abgeordneten sei, damit sie zu den Notverordnungen der Regierung hübsch den Mund halten. Das ist nun schon deshalb falsch, weil die Regierung mit dem Diätengeld gar nichts zu tun hat. Der Reichstag selbst legt die Aufwandsentschädigung fest.

Was hat die Sozialdemokratie zu der viel beredeten Diätenfrage zu sagen?

Die sozialdemokratischen Abgeordneten erhalten die Aufwandsentschädigung niemals voll auszubezahlt. Die Reichstagsfraktion macht einen Abzug von 10—20 v. S. für ihre Zwecke: zur Unterhaltung eines mit 14 Kräften besetzten Büros im Reichstag, das nicht nur zur Bewältigung der großen Korrespondenz, sondern auch einem vielseitigen Archiv und der wissenschaftlichen Vorbereitung und Bearbeitung gesetzgeberischer Aufgaben dient. Die sozialdemokratische Fraktion stellt nicht ins Blaue hinein Anträge, sie überlegt und prüft, was sie tut.

Es bleiben also dem sozialdemokratischen Abgeordneten höchstens 450—540 Mark im Monat. Es ist ein Trübsal zu glauben, das feste in den Reichstagspausen als arbeitslose Einkommen und als Gewinn in die Tasche. Jeder Abgeordnete wird täglich durch Briefe und Besuche in Anspruch genommen. Er wird, wenn er auch nur

einigermaßen bekannt ist, mit einer Monatsausgabe von 60 Mark für Porti und Fernsprecher rechnen müssen. Eine Schreibkraft wird er sich ohnehin nicht leisten können. Es sei denn, daß ihm in seiner Berufsstellung eine Schreibhilfe zur Verfügung steht. Für Bücher, Aktien, für den Bezug einiger grober politischer Zeitungen und Zeitschriften und für den Kauf der notwendigen Bücher und Nachschlagewerke wird er bei bescheidenen geistigen Ansprüchen vielleicht mit 50 Mark im Monat reichen. Seinen monatlichen Beitrag zum Unterhalt des Parteietretariats im Wahlkreis kommt gleichfalls hinzu.

Es bleiben dem sozialdemokratischen Abgeordneten also bestenfalls 290—350 Mark im Monat. Davon müßte er sich natürlich? Nein, zunächst einmal: dafür reißt er. Nur Abnugungsloie meinen, der Reichstag verbringe in den Reichstagspausen die Zeit mit Nichtstun. Er geht lassig über seinem Beruf nach. Abends steht er 50, 80, 100mal im Jahre in Versammlungen. Nicht nur in seinem Wahlkreis. Überall im Reich. Das schafft er, indem er viele Nächte im Jahre im Eisenbahnzug sitzt, wobei er, nebenbei bemerkt, die Bettkarte mit 15—30 Mark die Nacht bezahlen muß, wenn seine Gesundheit nicht robust genug ist, die nächsten Abteilstationen auszuhalten. (Ein Ratichlag für Reider der 1. Klasse: Man „schlaf“ 50—80 Nächte im Jahre angeteilt sitzend auf dem Sofa. Dann hat man das Vergnügen nächstlicher Erster-Klasse-Wagen, leider ohne Kadergerassel, ohne Fensterklappen und ohne die Störung durch Mitreisende und Schaffner. Am Schluß des Jahres berechne man dann, wie viel größer der Verdienst an Kleidung gewesen ist.)

Der sozialdemokratische Abgeordnete bereift keinen Wahlkreis und benachbarte Wahlkreise auf eigene Kosten. Dasselbe Lebnung gilt für den Austausch mit Abgeordneten anderer Wahlkreise: Dieser leht mehr denn je notwendigen Aufklärungsarbeit dient die Aufwandsentschädigung.

Organisationen mit Beiträgen und Sammelbüchern, alle für die besten Zwecke, sorgen gewissenhaft dafür, daß der Abgeordnete nicht in Verführung gerät, Kapitalien aufzubäulen; falls ihm von den „hohen Diäten“ wirklich noch etwas übrig bleiben sollte.

Man nenne uns den Abgeordneten, der mit seiner Aufwandsentschädigung ein Geschäft gemacht hat. Mit den Diäten nicht! Höchstens mit Aufsichtsratsposten. Aber dafür sind die sozialdemokratischen M. d. R. nicht zuständig.

Weitere Kürzung oder gar zeitweise Beseitigung der Aufwandsentschädigung müßte die Ausübung des Mandats von Vermögen und anderweitigen sehr reichlichen Einkommen abhängig machen. Den Nutzen hätten nur die Vertreter kapitalistischer Interessen. Die parlamentarische und außerparlamentarische Tätigkeit der Arbeitervertreter würde gehemmt werden. Darum gilt es, gegenüber unwissenden oder böswilligen Kritikern den Mut zu der Erklärung zu haben: wir machen die Plutokratierung der Parlamente nicht mit.

Die sozialdemokratischen Volksvertreter haben keine hochbezahlten Einleuren inne. Sie arbeiten und können die entsprechende Verwendung ihrer Aufwandsentschädigung vertreten.

Funktionäre, die Dettlinghaus, Seydewitz usw. heißen. Sie befehlen uns eines anderen.

Der Führer geht —
Der Führer geht...
Wer trägt Partei und Gewerkschaft? — Der Arbeiter!
Wer bestellt Führer und Funktionäre? — Der Arbeiter!
Wer hat ein Recht darauf, von ihnen Treue zu erwarten? — Der Arbeiter!
Und wer wird mit Recht sich getroffen fühlen, wenn solche Leute das Gehaltene in Stücke schlagen wollen? — Der Arbeiter!

So schreibt Dettlinghaus in seinem Appell an das deutsche Proletariat: „Ich bin überzeugt, daß zahlreiche sozialdemokratische Arbeiter, die jahrelang mit dem gemeinam gekämpft haben, nicht nur meinen Schritt billigen, sondern ihn selbst vollziehen werden.“

Er wird sich seines Irrtums aber noch recht bald bemußt werden! Er wie die anderen, die abhüttern und spalten wollen! Der sozialdemokratische Arbeiter, der mit ihnen jahrelang gemeinsam gekämpft hat, empfindet mit zorniger Bitternis nur den Vertrauensbruch, denerrat.

Der Führer geht — der Mann steht!
Und der sozialdemokratische Arbeiter wird künftig eben etwas vorfrühtiger in der Wahl seiner Führer sein müssen, damit er nicht wieder erleben muß, daß die Genossenschaft im Ganzen: „Siehe, das sind deine Führer? Der Mann steht — der Führer geht...“

Parteielder und Seydewitz-Gruppe

Die Aufforderung zur Unterschlagung von Parteielddern, die Rechtsanwalt Estlein in Breslau an solche bisherigen Parteimitglieder der SPD, gerichtet hat, die zur Rosenfeld-Seydewitz-Gruppe übergetreten sind, ist vom Parteivorstand der SPD, damit beantwortet worden, daß er die Betreffenden wegen Unterschlagung zur gerichtlichen Verantwortung ziehen werde. In Wöbau in Sachsen hatte der bisherige Parteiführer Winkler zunächst die Aufforderung Estleins befolgt. Als ihm aber durch den dortigen Rechtsanwalt Dr. Schuster unter Strafandrohung die Aufforderung auf Herausgabe des Parteimaterials zuging, hat er sich nicht auf Estleins Verfügung verlassen, „er und Rosenfeld seien ja Juristen und würden die Sache schon machen“. Er hat vielmehr die Mitgliedsliste, die Beitragsmarken und circa 300 M Bargeld an den neuen Sekretär der SPD, Richter in Wöbau, ausgedündigt. Womit wohl erwiesen ist, daß Estlein nicht nur ein schlechter Politiker, sondern auch ein schlechter Jurist ist.

Wider den Dolchstoßschwindel

In der nationalsozialistischen Propaganda ist wieder einmal die Lüge vom Dolchstoß eine führende Rolle. Die Sozialdemokratie soll „bekanntlich“ 1918 dem kämpfenden Heer in den Rücken gefallen sein und damit die Schuld für die Niederlage und das heutige Elend tragen. Dieser schelbar unsterblichen Lüge will die Partei mit einer kleinen Aufklärungsschrift enerzisch auf den Leib rücken. Schon in Kürze wird im Auftrage der Partei eine Schrift von Dr. A. Barth: „Der Zusammenbruch“ erscheinen, die zum Teil bisher unerschlossenes Tatsachenmaterial über die wahren Ursachen des Zusammenbruchs enthält. Wir werden auf diese Broschüre nach ihrem Erscheinen noch ausführlich zurückkommen.

Sagofeld, Sos. Partei. Die letzten Freitagabend im „Bahnhof“ abgehaltene öffentliche Versammlung mit nachfolgender Mitglieder-

versammlung war gut besucht. Punkt 8 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Versammlung und erteilte dem Referent des Abends, Gen. Parrer K a p e s -Karlsruhe zu seinem Referat „Die derzeitige politische Situation und die Haltung der Partei“, das Wort. In seinen Ausführungen rechtfertigte der Referent die Haltung der Partei, betonend und beweisend, daß durch die Parteibürger Tagung der „Nationalen Opposition“ auch den Gewinn der Tolerierungspolitik klar geworden ist, daß es vorläufig keine andere Möglichkeit gibt. Er gab auch eine wissenschaftliche Begründung für die Richtigkeit der Haltung der Partei im Gegensatz zur Haltung der Kommunistischen Partei, die auch von einem kommunistischen Disfussionsredner nicht widerlegt werden konnte. Allgemeiner Beifall dankte dem Referenten. In der Mitgliederversammlung konnte die Ehrung eines Jubilars vorgenommen werden, und zwar wurde Gen. Friedr. S c h a a r m a n n für 25jährige Mitgliedschaft in üblicher Weise geehrt. Nach Regelung interner Angelegenheiten konnte der Vorsitzende gegen halb 12 Uhr die Versammlung schließen.

Bildungsveranstaltungen für Erwerbslose

Das Thema der Erwerbslosenbildung steht im Augenblick im Mittelpunkt der volksbildnerischen Disfussion. Einen wertvollen Beitrag hierzu liefert der Fachbearbeiter für Volksbildungsfragen im Reichsministerium des Innern, Dr. W. Engelhardt, im Oktoberheft der Sozialistischen Bildung. Ausgehend von der Verlage der erwerbslosen Jugend schildert er insbesondere die Möglichkeiten der beruflichen Ausbildung der erwerbslosen Jugendlichen. Das allgemeine Problem der Erwerbslosenbildung findet in dem in diesem Heft veröffentlichten Bericht über die Reichsbildungsanstalten vom 3. Oktober eine eingehende Beleuchtung. Kamentlich das Referat von A. Adams über „Veranstaltungen für Erwerbslose“ bietet eine Fülle wertvoller Anregungen, die sicherlich allen in den Kommunen, Arbeitsämtern, Bildungsausschüssen usw. tätigen Genossen willkommen sein werden. Von größter Aktualität ist ferner ein Artikel von A. Löwenstein „Mit der Partei für den Sozialismus“ (in der Zeitschrift Sozialistische Erziehung), in dem er im Namen der sozialdemokratischen Lehrer und Kinderfreunde in der entschiedensten Weise gegen die Abspaltungstendenzen Stellung nimmt. — Dem 100. Todestage Hegels am 14. November ist ein Aufsatz von M. Lange „Hegel und der Sozialismus“ gewidmet, der gleichzeitig auch eine Uebersicht der wichtigsten einschlägigen Literatur enthält. — Die Zeitschrift „Bürgerrechte“ bringt u. a. Besprechungen zahlreicher Bücher und Jugendbücher. Die monatlich erscheinende Sozialistische Bildung ist zum Preis von 1,50 M für ein SW. 68, Lindenstr. 3 zu beziehen. Einzelnummer kosten 75 Pf. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. 26. Oktober: Albert Rieger, 69 Jahre alt, Heizer, ledig (Mühlburg), Emma Burkhardt, 61 Jahre alt, Ehefrau von Gustav Burkhardt, Faktor, Beerdigung am 29. Oktober, 14.30 Uhr. Albertine von Beck, 83 Jahre alt, Privatiers, ledig, Feuerbestattung am 28. Oktober, 11.30 Uhr. Edward Boller, 50 Jahre alt, Elektromonteur, Ehemann, Feuerbestattung am 29. Oktober, 12.30 Uhr. — 27. Oktober: Elise Göbelbeder, 62 Jahre alt, Ehefrau von Friedrich Göbelbeder, Finanzobersekretär a. D., Beerdigung am 29. Oktober, 14 Uhr.

Aus der Stadt Durlach

Arbeiterwohlfahrt. Auf die heute abend 8 Uhr im Sanarbeitsaal der Volkshochschule stattfindende Mitgliederversammlung, in der über die Einleitung und Beratung von Statuten gesprochen werden soll, machen wir nochmals aufmerksam.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

Mittwoch, 28. Oktober.

1754 Dichter Friedrich v. Sagedorn. — 1759 *Georges Danton, französischer Revolutionär. — 1918 Wilhelm II. verkündet „neue staatliche Ordnung“. — 1918 Proklamation tschechischer Republik. — 1926 Gewerkschaftliche Spitzenverbände fordern Notgesetz über Achtstundentag. — 1929 *Fürst Bülow in Rom.

Unfallhilfe bei der Reichsbahn

Nächtlicher Probealarm im Bahnhof Knielingen

Ein unvermuteter Probealarm im Bahnhof Knielingen am Montagabend sollte zeigen, ob der von der Reichsbahn eingerichtete Unfalldienst auch nachts rechtzeitig zur Stelle und zuverlässig arbeitet. Am 26. wurde nachts gegen 21 Uhr dem Bahndienstleiter die Aufgabe gestellt: „Von dem einfahrenden Zug sind die beiden letzten Personenzüge entleert und umgekehrt. Ein Forder, 10 Schwerverletzte und 15 Leichtverletzte. Die zwei Gleise sind gesperrt, die Reichsbahnleitwagen- und Fernsprecheinrichtungen sind zerstört. Treffen Sie die nötigen Anordnungen.“

Die geschickte sehr prompt und nach einer schon zum Voraus für jeden Bahnhof gegebenen schriftlichen Anweisung. Zuerst Fürsorge für Verletzte und Sicherung der Unfallstelle gegen weitere Gefährdungen. Schon wenige Minuten nach dem Alarm war der in der Nähe des Bahnhofes wohnende Arzt zur Stelle und gleich darauf traf auch schon die ersten Mitglieder der Sanitätskolonne auf der Unfallstelle ein. Inzwischen war der dienstfreie Bahnhofsvorstand und sonstiges Bahnpersonal begehrt und der Hilfszug mit dem Arztwagen, Mannschaften, Beleuchtungs- und Gerätemannschaft eine Viertelstunde nach seiner Anforderung mit dem nötigen auch in der ersten Hilfeleistung ausgebildeten Mannschaften in Karlsruhe abgefahren worden. Führer und Mitglieder der Sanitätskolonne Knielingen und Mühlburg mit ihren Fahrzeugen eilten in Autos und Fahrzeugen herbei, stellten ihre Tragbahnen bereit und begannen unter Zuhilfenahme ihrer für nächtliche Hilfe vorgesehenen Spiritusleuchtungsbeleuchtung ihre Arbeit. Aus dem inzwischen eingetroffenen Hilfszug hörte man schon bei Ankunft Motorengeräusch und alsbald erstahlte der ganze Unfallplatz in hellem elektrischen Licht aus Scheinwerfern und rasch aufgestellten Kandelaberlampen, die aus dem Hilfszug geschleppt wurden. Die Verwunden waren verbunden, geborgen und nach dem als Krankenraum vorgesehenen Wartesaal gebracht. An einem ausgemusterten Eisenbahnwagen wurden Verwunden mit dem autogenen Brennschneider und den Pressluftgeräten für Metall- und Holzbearbeitung vorgenommen, die in kurzer Zeit große Stücke aus den Wagenwänden heraus schnitten. Schließlich wurde der Wagen noch in Brand gesetzt, der dann mit den vorgesehenen Vorrichtungen in kürzester Zeit gelöscht wurde. Wärenddessen war noch ein zweiter Zug mit weiteren Hilfsmannschaften eingetroffen. Die Bahnpolizei mit ihrem Polizeibehälter war im eigenen Auto ebenfalls nach dem Alarm zur Stelle, um für Ordnung und Sicherheit zu sorgen.

Während dieser Vorgänge an der Unfallstelle waren die Beamten im Bahnhofsbüro mit der Regelung des als gestört angenommenen Zugverkehrs beschäftigt, eine Aufgabe, die dadurch erleichtert war, daß die Störung des Bahntelesgraphen- und Fernsprekverkehrs den Verkehr mit den Nachbarbahnhöfen nur unter Zuhilfenahme des Postfernprechers ermöglichte.

Die Arbeit war kurz vor 23 Uhr beendet. Sie hat gezeigt, daß Ärzte und Sanitätär mit den Eisenbahnern des Bahnhofs- und Rettungsdienstes voll auf der Höhe waren. Die technischen Einrichtungen haben sich bei der Übung gut bewährt.

Die Verlogenheit des Führer

Herr Weststadt Rud. Hugo Dietrich erucht uns um Aufnahme nachstehender Zeilen:

Der Führer hat dieser Tage gelegentlich seiner Polemik gegen angebliche Mißstände bei der städtischen Sparsparasse auch meinen Namen in einer Form erwähnt, die geeignet ist, vollkommen unberechtigte Schlüsse hinsichtlich angeblicher Vergünstigungen aus meiner Tätigkeit im Verwaltungsrat der städtischen Sparsparasse zu ziehen. Ich erkläre demgegenüber mit allem Nachdruck, daß ich solche Vergünstigungen weder jemals erhalten habe, noch irgend welchen Nachschuß des Verwaltungsrat für Sparsparassendarlehen festgesetzten Verwaltungskostenbeitrages in Anspruch genommen habe. Die Weiterverbreitung von Gerüchten, die dieser Feststellung widersprechen, werde ich auf dem Rechtsweg verfolgen.

„Hakenkreuz über der Weststadt“

Ein Parteizeitschrift aus der Weststadt schreibt uns: Was einem in der gegenwärtigen sturmbelegten Zeit nicht alles beschert wird! Finde ich da vor einigen Tagen in meinem Briefkasten ein kleines Flugblatt; ich lese und erblicke mit Staunen die Ueberschrift: „Hakenkreuz über der Weststadt“. Was ist jetzt das, denke ich. Und was war es: das neue nationalsozialistische Mitteilungsblatt für unsere Weststadt! Es soll monatlich einmal erscheinen und den Nationalsozialisten der Weststadt als Werbe- und Informationsorgan dienen. Wie es da in meinen Briefkasten kommt, weiß ich nicht, denn die Weststadt ist doch wahrlich nicht nationalsozialistisch. Aber halt! „Das Hakenkreuz über der Weststadt“ soll ja auch Werbeblatt sein. Deswegen hat man wahrscheinlich die Arbeiter der Weststadt damit beauftragt. Biel Glück werden die Nazis nicht bei uns haben. Denn ich verbitte mir eine derartige Befähigung, und wenn ich merke, es will so ein Naziapostel das „Hakenkreuz der Weststadt“ wieder in meinen Briefkasten legen, dann weiß ich, was ich zu tun habe.

Etwas über Verkehrsunfälle

„Ein Radfahrer wurde gestern von einem Auto angefahren. — Die Schuldfrage bedarf noch der Aufklärung“, oder: „Eine Radfahrerin wurde wegen Nichtbeachtung der Verkehrsregeln angefahren und verletzt.“ So und ähnlich lesen wir fast jeden Tag im Polizeibericht unter der Rubrik „Verkehrsunfälle“. Als Radfahrer macht man sich beim Lesen derartiger Meldungen allerhand Gedanken. Wenn man selbst schon um Haarsbreite beinahe einem Unfall zum Opfer gefallen wäre, so wäre hier ein Wunsch ausgesprochen, der bei einigermaßen gutem Willen allerseits eine Beschränkung der Verkehrsunfälle mit sich bringen dürfte. Jeder Radfahrer wird schon die Beobachtung gemacht haben, daß mancher Autofahrer und Kraftfahrer sich ein Vergnügen daraus macht, in womöglichstem Tempo an einem Radfahrer in einem Abstand von kaum 20–30 Zentimeter vorbeizufahren. Durch irgendwelche Umstände ist es leicht möglich, daß der Radfahrer durch ungeschickte Bewegung oder Schrecken (in heutiger Zeit nichts Seltenes) eine Wendung macht, und so die Gefahr der Verkehrsunfälle größer wird. Wenn nun hier die Bitte ausgesprochen werden soll, den Radfahrer nicht als Feindbild zu betrachten, sondern auch ihn als

Ein Nazischwindel

Vor kurzem brachte der Führer die Nachricht, daß ein Nazimann, der behauptet habe, daß der Vorwärts vom Danabankdirektor Jakob Goldschmidt Geld erhalten habe, wofür sich der Vorwärts habe verpflichten müssen, nichts gegen das Finanzkapital zu schreiben, bei Gericht freigesprochen wurde. Der Führer wollte damit ohne weiteres sagen, daß die Behauptungen des Nazimannes, die ja immer und immer wieder in Hitlerblättern zu finden sind, auf Wahrheit beruhen. Daß dem nicht so ist, beweisen die Urteile anderer Gerichte, wonach die Verleumder prompt den Prozeß verloren haben.

Der Vorwärts nahm auch zu dem vom Führer gebrauchten Falle, wo ein toller Freispruch mit einer noch toller Begründung erfolgte, Stellung. Er legte dar, daß in einer

Reihe von Vorprozessen bereits rechtskräftig festgestellt worden ist, daß es sich bei dieser Behauptung der Naziblätter um eine von den Nazis systematisch verbreiteten Verleumdung und Lüge handelt.

Umso mehr hätte man erwarten sollen, daß gegen die Personen, die sie trotzdem noch weiter verbreiten, strenge Strafen verhängt werden. Aber der Amtsgerichtsrat Sunkel — um diesen „Gerechtigkeitsprecher“ handelt es sich — habe den

angeklagten Nazi freigesprochen und zwar ohne jede Beweisaufnahme über den Inhalt des erhobenen Vorwurfs.

Amtsgerichtsrat Sunkel hat in einer die Presseleute in geradezu beleidigender Weise in der Tiefe seines richterlichen Gemüts erkannt: Die Behauptung, daß der Verlag eines Blattes Geld nehme und daß der Redakteur dafür in einer bestimmten Richtung schreiben müsse, sei gar nicht ehrenverleidend zum mindesten nicht für einen Redakteur. In der Urteilsbegründung, die alle deutschen Redakteure zu schmerzhaften Tintentüpfeln stempelt, heißt es u. a.: Auf Grund des Anstellungsvertrages sind die Redakteure verpflichtet, die Interessen des Verlages (!!) zu wahren und insbesondere die Richtlinien und Weisungen, die der ihnen vorgesetzte Geschäftsführer (!!) in Bezug auf den zur Veröffentlichung zur Verfügung stehenden Stoff erteilt, zu befolgen. Die Redakteure müssen so verpflichtet sein, unter Umständen gegen ihre Uebersetzung zu

schreiben, sie mögen schwere seelische Konflikte durchmachen, es ist aber für sie nicht ehrenverleidend, wenn jemand behauptet, daß ihr Verlag von dritter Seite geldlich unterstützt sei und sie sich deshalb ihrem Verlag gegenüber hätten verpflichten müssen, in gewissem Sinne zu schreiben.

Daß dieser Mann mit seiner geradezu tollen Urteilsbegründung in den Augen der Richter die richtige Richter ist, glauben wir gerne. Man gewinnt beim Lesen der Urteilsbegründung den Eindruck, daß der Herr Amtsgerichtsrat Sunkel aus der Höhe seines unfehlbaren Richteramt in jedem Zeitungsredakteur nur einen unfehlbaren und meinungslosen Kuli sieht, der sich müßig nach den Wünschen seines Verlegers richtet. Daß in der sozialdemokratischen Presse der Geschäftsführer überhaupt nicht die redaktionelle Haltung mitzubestimmen hat, braucht ein Amtsrichter ja nicht zu wissen.

Aber die Hauptfrage bei den Nazis ist, daß die Verleumdungen des Nazimannes keine Sühne gefunden haben und die Nazipresse mit dem satomonischen Urteil des Amtsrichters Sunkel Geschäfte machen kann. Gegen den Amtsrichter selbst ist aber bereits Dienstaufsichtsbeschwerden erhoben. Mag auch diese Beschwerde ausgehen wie sie will, Verleumdung bleibt Verleumdung und Nazischwindel bleibt ebenfalls Nazischwindel.

Im Gegensatz zu dem feinen Amtsgerichtsrat Sunkel hat das Stuttgarter Amtsgericht eine andere, der wirklichen Gerechtigkeit entsprechende Haltung eingenommen. Das Stuttgarter Amtsgericht hatte nämlich auch die bekannte Schwindelgeschichte verbreitet, daß der Vorwärts vom Leiter der Danabank, Jakob Goldschmidt, mit der großen Geldsummen unterstützt worden sei. Da das Blatt die Aufnahme einer Verurteilung des Vorwärts verweigert hatte, wurde sein verantwortlicher Redakteur vom Stuttgarter Amtsgericht zu der Veröffentlichung der Verurteilung sowie zu 30.— RM. Geldstrafe verurteilt.

Allerdings hat der Führer seine Befürchtung bis jetzt über dieses Urteil nicht informiert. Er teilt in solchen Fällen seinen Lesern nur die Freisprüche mit, die jedoch auf sonderbarer Rechtsgrundlage zustande gekommen sind.

Südstadt-Idyll

—o— In irgend einer Straße in der Südstadt kam es vor, daß sich zwei Eheleute nicht so vertragen konnten, daß man von einem netten Verhältnis reden kann. Mitunter „heißt“ es auch was ab, und dann nicht lautlos. Man kann geteilter Meinung sein, ob es dann immer gut ist, wenn sich die Nachbarn auch in den Streit hineinziehen. In der Regel kommt dabei doch nichts heraus. Im Gegenteil! Gestern kam eine Zeugin zur Gerichtsverhandlung, auch so eine Nachbarsfrau die mit einem Küchenmesser 5 Stiche erhalten hat. Das sind schöne Erfolge!

Vor dem Einzelrichter beim Amtsgericht in Karlsruhe rollt ein Roman von einer Ehe ab, die nichts mit Banderweldes Ideal-Ehe zu tun hat. Einstweilen zielt die Anklagebank das Ehepaar W. Schwaeger W. Alle drei sind angeklagt wegen erschwerter Körperverletzung, Hausfriedensbruch und Nötigung, begangen an den Eheleuten St., die im gleicher Stadtwerk, wie die W. wohnen. Streitigkeiten waren in der Familie W. keine Seltenheiten und es vergingen wenige Tage, wo nicht ein „Sturm“ war. Zwei Tage vor dem eigentlichen Streit hatten die Eheleute mal wieder einen „Wortwechsel“, in dessen Verlauf die Ehefrau „ausruddelte“. Von der Fürsorge aus kam sie dann ins Antoniusheim und blieb dort eine Nacht. Der Mann war allein nicht reich aber aus, der „Lieben Nachbarin“ die Gelegenheit zu geben, dem Manne Ueberungen zu hinterbringen, die angeblich seine Frau getan haben soll. Also eine der üblichen Klatschgeschichten! Danach sollte die Frau einen „Beamten“ kennen, wo sie jederzeit hin könne, bevor wollte sie aber ihren Mann in eine „Säuerbrotanstalt“ bringen. Denn war die Frau des Schwagers „auch so eine“, die es mit den Männern halte. Sie, die Frau, wolle es ganz genau, denn sie hätte den „Knechtswalter“ spielen sollen. Das alles genügte natürlich, um den Entschluß des Ehemannes, seine Frau zu hassen, noch mehr zu befestigen.

Der Schwager und der Ehemann gingen los, um die Frau zu suchen. Und sie fanden sie bald. Es folgte die Verjöhnung, da ja in manchen Kreisen der Krach nicht so lange geht. Gut, man ging in eine Wirtschaft und wollte erst mal weipern. Dabei kam auch die Sprache auf die Geschichte mit der „Säuerbrotanstalt“ und der Frau des Schwagers, die geeignet war, aufs

neue das eheliche Glück zu erschüttern. Natürlich war kein wahres Wort an dem Gerede der Nachbarin und man schwur Rache. Eigentlich ist die Frau die Meinschuldige in diesem Falle, denn kaum daheim angelangt, klopfte sie auch schon bei der Nachbarin. Es war 1/2 Uhr nachts. Die Aufforderung, sie solle mal rauskommen, wurde mit schönen Wünschen erwidert. So soll die Zeugin gestanden haben: „Was Lumpenmensch, wenn ich rauskomme, schlag ich Dir die Schnauze ein!“ So ging es hin und her. Unterdessen hat der Mann der Angeklagten bereits seine Wohnung aufgeschlossen und wollte dort hineingehen. Die Schimpfmorte steigerten natürlich die Wut und es wurde an die Tür gepölkert und geklopft. Die Frau sprang fort und wollte sich was holen. Dazwischen stand der Mann an der Türe, mit einem „leichten Schlüssel“ klopfte sie auf. Jetzt gingen die Frauen aufeinander los wie die Wilden. Zuerst zogen sie an den Haaren herum und dann nach die Angeklagte mit ihrem Küchenmesser um sich wie eine Wilde. Wobin es ging, hat sie nicht gesehen, da es ja dunkel war. Da nur einer auf den andern los geben darf, nach gewissen bürgerlichen Gesetzen, hielt der Ehemann nur den Mann der Zeugin im Schach. In der Hand hatte er einen Hammer mit der hübschen Drohung: „Wenn du dich rührst, alter S“, dann bleibst du der Stell“, hielt man den Mann im Schach. Der Schwager, der auch mitgekommen war, stand fürsorglich unter der Türe „für den Fall eines Falles!“ Mit der Stecherei verbunden war ein großer Krach. Im fünften Stock spielte sich die Sache ab. Unten vom ersten Stock holte einer die Polizei, die dann die ganze Verwandschaft mitnahm.

Ein Zeuge bekundet auch, daß der Ehemann eine gute „Hand“ schreibt und seiner Frau auch öfters eine „geschmiert“ babe.

Das Gericht verurteilte die Ehefrau wegen Körperverletzung und Hausfriedensbruch zu 2 Monaten und 5 Tagen Gefängnis, der Mann bekam 1 Monat Gefängnis wegen Hausfriedensbruch und Nötigung, während der Schwager mit einer Geldstrafe von 30 Mark davon kam. Zuvor hatte der Ehemann für sich und seine „persönliche Ehefrau“ — wie er sich ausdrücken beliebte — um mildernde Umstände gebeten. Aber die vielen Vorstrafen und das Messer sind schlechte Beweisgründe.

im Verkehrsgebiete stehenden gleichberechtigten Faktor anzuerkennen, so werden Verkehrsregeln mancher Art sich vermindern lassen. Ein anderer Uebelstand leit hier noch erwähnt: Wie oft kommt es vor, besonders bei jüngeren Personen, daß diese die Ver-

kehrsregeln völlig außer acht lassen, so z. B. beim Einbiegen in eine Straße das Ausströmen eines Armes, um damit die Fahrtrichtung anzudeuten und sonst noch verschiedene andere Vorschriften wie Ueberholen usw. In alle diegenigen ergeht deshalb der Ruf: Halte Euch an die Verkehrsregeln und befolgt diese, ihr nicht euch selbst und bringt andere nicht dadurch in Gefahr und habt das beruhigende Gefühl zur Verkehrssicherheit wesentlich beigetragen zu haben.

... fertige Mischungen aus Kathreiner und Bohnenkaffee gibt's nicht zu kaufen ...

Gerade diese Mischung schmeckt aber bekanntlich ganz besonders gut. Also: einzeln kaufen, bitte, und selbst mischen — es lohnt wirklich!

(1) Aus der Musikwelt. An Stelle des verstorbenen Staatskapellmeisters Alfred Lorenz wurde Franz Böhling, der Direktor der Badischen Hochschule und des Konservatoriums für Musik in Karlsruhe einstimmig zum 1. Vorsitzenden der Ortsgruppe Karlsruhe des Reichsverbandes Deutscher Tonkünstler gewählt.

(2) Kampf dem Krebs. Der mit großem Beifall aufgenommene Vortrag des Leiters der Landesfrauenhilfe, Prof. Dr. Eisenmeier, über das Thema „Aufklärung über den Unterleibskrebs“ wird heute Mittwoch, abends um 8 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses auf vielfachen Wunsch wiederholt.

(3) Lehrerbildungsanstalt. Die Birg-Steinmann'sche Gelangsschule des Münchener Konservatoriums hat am vergangenen Donnerstag unter Mitwirkung der Herren Bruno Maiter, Hans Weibel und Wilhelm Sauter der Studientenschaft der Anstalt einen musikalischen Abend veranstaltet, der in allen Teilen als äußerst gelungen bezeichnet werden muß und dankbar und mit herzlichem Beifall entgegengenommen worden ist. Die wertvolle Leiterin des Abends, Frau Birg-Steinmann, hatte ein künstlerisch hochstehendes Programm zusammengestellt, das die Hörer in feinsten Auswahl von ersten religiösen Gesängen über klassische Musik zu den lustigen Melodien der Operette führte. Mit anprechtend gelungenen Schubertliedern erkrankte außerdem Walter Kaefer, dessen kräftige Baritonstimme als sehr entwicklungsfähig bezeichnet werden darf.

